

Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, da müssen wir in diesem Jahr nicht lange drum herum reden: Der städtische Haushalt für das kommende Jahr ist geprägt von dem Verlust, den die Stadt im Zusammenhang mit dem Greensill Abenteuer erlitten hat, davon, dass der Bürgermeister mit riskanten Festgeldanlagen bei ungesicherten Privatbanken meinte, ein paar zehntel Prozent an Verwahrgeldern einsparen zu müssen. Unzweifelhaft ein Alleingang des Bürgermeisters – es gab ja noch nicht einmal die notwendige Zustimmung des Parlaments zu solchen Bankgeschäften – und die Sache ist schiefgegangen. 19 Millionen Euro haben wir deshalb abschreiben müssen, der Sparstrumpf für schlechtere Zeiten ist jetzt nicht mehr gut gefüllt, sondern zur Hälfte leer und wir müssen sehen, wie wir damit zurechtkommen.

Grundsätzlich kann das kein allzu großes Problem sein. Wir leben hier im Speckgürtel des Rhein-Main-Gebiets, wie man so schön sagt, mit sprudelnden Steuereinnahmen, haben mehr als doppelt so viel Geld zur Verfügung pro Einwohner wie die Kämmerer in armen hessischen Gemeinden und damit sollten wir auskommen können.

Wenn es schlechter läuft mit den städtischen Einnahmen, werden wir auch in deutlich geringerem Maße Gelder abgeben an den kommunalen Finanzausgleich des Landes Hessen. Dieser kommunale Finanzausgleich heißt ja vor allem, dass die Starken den Schwächeren ein Stück weit unter die Arme greifen. Er ist ein in

Gesetzesform gegossenes Stück sozialer Gerechtigkeit über das im Stadtparlament in den vergangenen Jahren immer wieder heftig gestritten wurde und ich scheue mich nicht, zu sagen, es ist beschämend, wie vor allem die Vertreter von SPD und CDU dagegen zu Felde gezogen sind. Es geht immer noch darum, ob ein kleiner Teil unserer Mehreinnahmen für besonders notleidende hessische Kommunen zur Verfügung gestellt werden darf. Damit es auch dort zum Beispiel zeitgemäße Betreuungsangebote für die Kleinen geben kann oder andere soziale Angebote. Damit sich die Lebensverhältnisse hier in dem prosperierenden Rhein-Main-Gebiet nicht immer weiter entfernen von denjenigen im ländlichen Raum, im Knüll zum Beispiel oder im Odenwald. Und damit der Zuzug ins Rhein-Main-Gebiet nicht noch zusätzlich verstärkt wird, der Wohnraum hier noch knapper wird. Das liegt also durchaus auch in unserem Interesse.

Wir werden nicht arm dabei. Und auch nach Abzug dieser Unterstützungsleistungen haben wir, wie schon erwähnt, für jede Schwalbacherin, jeden Schwalbacher noch weit mehr als doppelt so viel Geld zur Verfügung wie die Kämmerinnen in den Gemeinden, die unsere Hilfe erhalten. Dass wir etwas abgeben sollen, ist der Ausdruck davon, dass es uns gut geht. Wir sollten uns daran erinnern, dass wir noch um die Jahrtausendwende herum von einem solchen Finanzausgleich wohl profitiert hätten. Und scharfe Zungen mögen darauf kommen, dass uns dies bei einem so leichtsinnigen Bürgermeister auch durchaus wieder einmal blühen kann.

Festzuhalten ist: Die Prozesshanseleri um den Kommunalen Finanzausgleich und das Unterstützungsprogramm Starke Heimat Hessen hat uns nichts gebracht, kostet nur zusätzlich unser aller Geld, ist unsozial und nicht erfolgversprechend.

Wir lehnen das ab.

Natürlich stehen wir immer wieder vor der Frage: Wie viel ist denn nun in der Kasse und wie sieht es damit in der überschaubaren Zukunft aus? Ganz nüchtern festzustellen ist: Die Schätzung der Gewerbesteuereinnahmen ist – wie in den Vorjahren – unrealistisch niedrig. Gerade unsere besonders starken Unternehmen, die den größten Teil des Schwalbacher Haushalts tragen, haben von den Umständen der Corona Pandemie eher profitiert. Wir haben immer noch eine solide Rücklage und großzügig bemessene Rückstellungen. Das offiziell errechnete Minus ergibt sich zu einem guten Teil aus besonders „großzügig“ kalkulierten Ansätzen für Personal- und Sachkosten im Bereich der „inneren Verwaltung“. Da wurden eben nicht nur die normalen Preissteigerungen zu Grunde gelegt sondern immer auch noch ein kräftiger „Extrazuschlag“. Die nach der Gemeindehaushaltsverordnung für eine saubere Bilanzierung vorgeschriebene Auflösung von Rückstellungen wird vielfach nicht beachtet, Hinweise der Revision des MTK zu einer saubereren Bilanz konsequent ignoriert. Wer wirklich so wirtschaften wollte, käme immer ins Minus; das phantasievoll zusammengestellte Zahlenwerk ergibt jedenfalls kein realistisches Bild unserer Möglichkeiten und unserer finanziellen Grenzen. Im Grunde geht es wohl hauptsächlich darum,

hochproblematische Steuererhöhungen und unsoziale Gebührensteigerungen gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Betrachten wir die Gewerbesteuer. Da waren wir uns über die letzten Jahrzehnte einig, dass in der nicht einfachen Nachbarschaft zur Steuerspargemeinde Eschborn ein gleichbleibender Hebesatz der Ausdruck von Berechenbarkeit und Verlässlichkeit sein soll. Das muss doch erst recht gelten, wenn es jetzt darauf ankommt, wenn es nämlich darum geht, nach dem absehbaren Wegzug der Fa. Samsung und anderer Firmen ein attraktiver Gewerbestandort zu bleiben. Die von SPD und CDU vorgeschlagene Steuererhöhung und die noch größere Diskrepanz zur konkurrierenden Nachbargemeinde Eschborn ist da nicht hilfreich. Da Signal ist doch: Hier kann man sich auf den derzeitigen Hebesatz nicht verlassen. Schon mittelfristig ist das ein fatales Signal und am Ende stehen wir in der Konkurrenz um die Ansiedlung starker Firmen schlechter da.

Bei der von SPD und CDU vorgeschlagenen Erhöhung der Grundsteuer stellen wir fest: Die trifft die Starken und die Schwachen, die Vermieter und die Mieter, es ist die Steuererhöhung, die der Fraktionsvorsitzende der SPD schon lange angestrebt, vor der Kommunalwahl noch wortreich dementiert und nun gleich nach der Kommunalwahl auch umgesetzt hat. Wollen wir der Politikverdrossenheit neue Nahrung geben? Nein. Tun wir es? Leider ja.

Erst recht gilt das für die Gebührenerhöhung in den Schulkinderhäusern und bei der U 3 Betreuung. Wir waren uns in den vergangenen Jahren weitgehend einig, dass die für Eltern kostenfreie Betreuung in den Kitas und die immer noch preiswerte Kleinkindbetreuung und Hortbetreuung ein wichtiger Baustein für soziale Integration in unserer Vielvölkerstadt sind und bleiben sollen. Finanzielle Hürden sind da mehr als nur ein Schönheitsfehler. Wenn die Kinder in die Schule kommen, wird es doch sowieso schon teurer für die Eltern, das weiß jede(r). Jetzt soll noch ein deutlicher Kostensprung dazukommen, ausgerechnet an der Schwelle zur schulischen Bildung. Das ist wirklich kein Ruhmesblatt für die Koalition. Man hat sich noch nicht einmal um eine Abstimmung mit den Elternvertretungen bemüht, das ist anmaßend, ist Politik von oben herab.

Die Herausforderung lautet doch, dass wir ein grundsätzlich auskömmliches Steueraufkommen in unserer Stadt möglichst gerecht verteilen, die Betroffenen dabei von vornherein einbeziehen und dass wir dabei auch die Zukunftsaufgaben anpacken.

Bei der immer drängenderen Zukunftsaufgabe Klimaschutz sind wir im Vergleich mit anderen Gemeinden weiter zurückgefallen. „Die Wahrheit zeigt sich immer vor Ort“, so Herr Immisch bei Vorstellung des städtischen Haushalts im Oktober. Zur Wahrheit gehört jedenfalls, dass der seit langem angekündigte Klimaschutzmanager immer noch nicht eingestellt wurde, dass von der für den Sommer angekündigten Möglichkeit, städtische Dienstfahrzeuge außerhalb der

Dienstzeiten auch privaten Nutzern zur Verfügung zu stellen, nichts mehr zu hören ist und dass die Photovoltaikanlage für das Rat- und Bürgerhaus, vor genau zwei Jahren mit dem Haushalt 2020 beschlossen, immer noch nicht da ist wo sie hingehört, nämlich hier auf das Dach des Bürgerhauses. Wenn es richtig ist, dass wir beim Klimaschutz einen Langstreckenlauf vor uns haben, gilt für SPD und CDU, dass sie immer noch nicht aus den Startblöcken herausgekommen sind.

Das gilt sogar dort, wo sich die Investition in Umweltschutz längst unmittelbar ausgezahlt hätte, wie bei den Photovoltaikanlagen für das Naturbadbad oder das Rat- und Bürgerhaus.

Es gilt, wo es vor allem um organisatorische Unterstützung geht, wie bei den Mieterstromprojekten, die es in Schwalbach nicht geben soll, sagen CDU und CDU. Verblüffend immerhin, das sich der Bürgermeister bei seiner Ablehnung im BVUK gleich auf „Haus und Grund“, den Verband der Haus- und Grundbesitzer berufen hat. „Haus und Grund“ lehnt das ab und das soll also Grund genug sein dafür, dass wir uns gar nicht erst damit befassen. Uns geht es darum, dass nicht nur Grundstückseigentümer sondern auch Mieter von der Energiewende, in diesem Fall von fortschrittlicher Technik, von Photovoltaikanlagen auf den Hausdächern profitieren können. Gelegentlich ist es gut, auch einmal nach links und rechts zu schauen. Was machen andere Städte? Neu Isenburg macht das sehr gut. Hofheim auch. Schwalbach macht da: Nichts!

Und es gilt natürlich erst recht, wenn es darum geht, dass diejenigen belohnt werden sollten, die –in unser aller Interesse übrigens – mehr für die Umwelt tun wollen, als vorgeschrieben und üblich ist.

Die in Photovoltaik oder Wärmedämmung investieren, die sich um Fassadenbegrünung kümmern, die Geld in die Hand nehmen für eine Brauchwassernutzung, diejenigen also, die ihre Toilette nicht mehr mit Trinkwasser aus dem Vogelsberg spülen wollen. Wir müssen uns vor Augen halten, dass wir auf diese Weise mit vergleichsweise bescheidenem Einsatz von Haushaltsmitteln ein Vielfaches an umweltpolitischem Engagement mobilisieren können. Deshalb unser klares Bekenntnis dazu, dass es in solchen Fällen einen städtischen Zuschuss geben soll. Dafür sind wir nicht zuständig, das geht uns nichts an, sagen diejenigen, die es sich besonders einfach machen wollen. Wir sagen: Es ist ein besonders effizienter Weg und wir kommen mit der notwendigen Transformation unserer Gesellschaft nur dann schnell voran, wenn wir die Bürger von vornherein einbeziehen, wenn wir fortschrittliches klimaneutrales Wirtschaften zu einem gemeinsamen Anliegen machen, das sich für alle lohnt.

Immerhin ist das noch unbestritten: Dass die Städte verantwortlich sind für eine angemessene und zukunftssichere Infrastruktur. Für den Verkehrssektor und für den erst einmal nicht zu ersetzenden Individualverkehr heißt das, dass die Städte und Gemeinden für ausreichend Elektrotankstellen, also öffentlich zugängliche Ladepunkte für die in großer Zahl bereits angebotenen Elektroautos sorgen müs-

sen. Warum überhaupt batteriebetriebene Elektroautos? Das ist leicht zu erklären. Batteriebetriebene Elektroautos sind - bezogen auf die für ihren Einsatz erforderliche Primärenergie – besonders effizient.

Deutlich effizienter als Benziner und Diesel, aber auch deutlich effizienter und billiger als Brennstoffzellenautos. Deshalb hat sich als Angebot für den „Normalverbraucher“ die Batterieantriebstechnik durchgesetzt und längst bewährt. Trotzdem hat es die Koalition abgelehnt, im Haushalt auch nur einen einzigen Euro vorzusehen für ein entsprechendes Konzept zur künftigen Ladeinfrastruktur. Andernorts wird daran längst gearbeitet, hier müssen wir uns noch darum streiten, ob man so etwas überhaupt braucht. Nur zur Erinnerung: Die großen Autohersteller haben das Ende der Verbrennerautos längst eingeleitet, neu entwickelt werden vor allem Elektroautos. Die sind jetzt schon kostengünstiger, wenn man die geringeren Wartungskosten berücksichtigt. Hinzu kommt: Nicht jede(r) Schwalbacher hat ein eigenes Grundstück mit eigenem Parkplatz. Es sind sogar ziemlich viele, die öffentlichen Parkraum nutzen müssen. Wollen Sie denen wirklich signalisieren: Kauft erst einmal ein Grundstück und dann das E-mobil?

Wir brauchen also genügend öffentliche Ladepunkte, wir wissen aber auch, dass es nicht genügt, wenn alle Verbrennerautos künftig durch solche mit elektrischem Antrieb ersetzt würden. Deshalb ist es ja so wichtig, dass wir beim Thema Car Sharing endlich vorankommen, dass es ein solches Angebot auch hier bei uns gibt als zusätzliches Mobilitätsangebot für alle, die im Übrigen den

ÖPNV nutzen und als Ersatz für die vielen Zweitautos, die hier herumstehen und hauptsächlich Parkplätze versperren. Mehr Car Sharing nützt denjenigen, die kein eigenes Auto unterhalten, denjenigen die manchmal vergeblich abends einen Parkplatz suchen und es hilft der Stadt, die immer erst mit großem Aufwand öffentliche Parkplätze bereitstellen und solche Parkplätze immer wieder unterhalten muss. Umso ärgerlicher, dass CDU und SPD nicht einmal auf das für die Stadt beinahe kostenlose Angebot der Solarinvest Main-Taunus eingehen wollen, hier vor Ort ein solches Angebot zu organisieren. Das ist Politik von vorgestern, meine Damen und Herren!

Politik für heute und morgen wäre es, auch hier in Schwalbach Car Sharing zu etablieren, städtische Dienstfahrzeuge außerhalb der Dienstzeiten zur Anmietung zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, dass an zentraler Stelle, Lastenräder angemietet und auch wieder abgegeben werden können. Wir haben diesen Vorschlag erneuert, sie haben ihn erneut abgelehnt.

Zum Thema Heizkraftwerk: Keine Frage, es ist gut, dass die Stadt jetzt Eigentümerin des Heizkraftwerksgrundstücks ist. Das haben wir lange und lange vergeblich gefordert. Die Stadt steht jetzt stärker in der Verantwortung. Umso ärgerlicher ist es aber, dass CDU und SPD zu Beginn des Jahres gar nicht erst über zeitgemäße Fernwärmetarife verhandeln wollten, die Tarifstruktur deshalb bis zum Beginn des Jahres 2028 fortgeschrieben wurde und dass jetzt schon wieder

im Haupt- und Finanzausschuss über eine weitere Verlängerung des Monopolvertrages **ohne Ausschreibung** spekuliert wird. Unsere Position ist klar.

Erstens:

Energiesparen muss sich lohnen. Fernwärmekunden mit besonders geringem Verbrauch dürfen nicht durch besonders hohe Preise bestraft werden. Die hohen und starren Grundpreise auch für Energiesparer sind nicht mehr zeitgemäß. Darüber muss endlich verhandelt werden.

Und zweitens: Es gibt keine vernünftigen Grund, das Fernwärmegeschäft nicht in die Stadtwerke zu integrieren, wie das vielerorts schon längst geschehen ist.

Wenn man das nicht will, muss man auch zu seinem Wort stehen und - das sage ich deutlich an die Adresse von CDU und SPD - dann muss schon vor Vertragsabschluss die öffentliche Ausschreibung vorbereitet werden.

Nachhaltig wirtschaften

Worauf kommt es in den nächsten Jahren an? Ich sage es ganz einfach: Darauf, dass wir solide und nachhaltig wirtschaften.

Dass wir nicht so verschwenderisch mit dem Steuergeld umgehen mit völlig überzogenen Ausgabensteigerungen zum Beispiel in der „inneren Verwaltung“

Dass wir jetzt nicht noch eine zusätzliche Stadtratsstelle schaffen mit einem ganzen Rattenschwanz an zusätzlichen Ausgaben.

Dass wir aufhören mit millionenteuren absurden Prestigeprojekten wie provisorischen Containerbauten, Luxussanierungen von Wohnhäusern, wo doch bezahlbarer Wohnungsbau gefragt ist und völlig überteuerten Funktionsgebäuden. Es darf nicht alles doppelt so viel kosten wie anderswo.

Dass wir unsere gute soziale Infrastruktur, unsere Betreuungseinrichtungen und unsere Unterstützungsleistungen pflegen und weiterentwickeln.

Und dass wir dann endlich die Zukunftsaufgaben anpacken, beim Klimaschutz zum Beispiel und nicht alles auf die lange Bank schieben. Es ist genügend Geld da. Wir müssen es sinnvoll einsetzen. Wir tragen Verantwortung für unser Tun und für unser Nichtstun.

Barbara Blaschek-Bernhardt